Sehr geehrter Herr Präsident,

meine Damen und Herren,

uns allen hier ist bewusst, dass der Umgang mit dem Sozialhaushalt besondere Sensibilität erfordert. Wir entscheiden schließlich über die soziale Sicherung der Bevölkerung für die kommenden 2 Jahre. Die zurückliegenden Herausforderungen haben wir dank der Unterstützung, vieler Freiwilliger gemeistert. Sie haben sich dort engagiert wo Hilfe am dringendsten notwendig war.

Ich hoffe, dass ihr Engagement auch in Zukunft weiter anhält. Es liegt mir sehr am Herzen, heute, diese Gelegenheit zunächst zu nutzen um mich bei den vielen großartigen engagierten Hamburgerinnen und Hamburgern zu bedanken.

Wir alle wissen: Hamburg ist eine der attraktivsten Städte weltweit. Hamburg ist die Stadt der Chancen! Das ist die positive Seite der Medaille.

Auf der anderen Seite der Medaille gibt es Menschen, die sich nicht selbst helfen können. Denen müssen wir Hilfe anbieten und sie in die Lage versetzen sich irgendwann selbst zu helfen. Das ist gute Sozialpolitik! Ich betone es noch einmal, wir müssen den Menschen zeigen wie sie aus ihrer abhängigen Lage herauskommen. Das betrifft Obdachlose, Menschen in öffentlich-rechtlicher Unterbringung und zugleich Zugewanderte.

Ein zentrales sozialpolitisches Thema für diese Personengruppen ist die Vermittlung in Wohnraum!

Jeder kennt den Spruch: „Ohne Wohnung keine Arbeit. Ohne Arbeit keine Wohnung.“

Diesen Kreislauf darf es in Hamburg nicht geben. Beide Faktoren begingen sich aber gegenseitig!

Doch was tut der Senat um diese Problemlagen zu beheben? Nun, auf jeden Fall zu wenig. Denn bezahlbarer Wohnraum gibt es viel zu wenig. Der Senat präsentiert uns zwei Lösungen. Zwei Anträge mit fast identischem Inhalt. Nach dem Baukastenprinzip Beratung + Beratung ist gleich Wohnung ist gleich soziale Sicherung.

Beratung eins: Die Aufstockung der Beratung in der bezirklichen Wohnungsvermittlung, halten wir für erforderlich und zweckmäßig.

Niemanden dürfte überraschen, dass wir Beratung Nummer zwei, die personellen Aufstockung von f&w nicht mittragen.

Sie wollen, dass 5 Vollzeitbeschäftigte, ich zitiere:

„Vermietern während des Mietverhältnisses zur Vermeidung und Beseitigung von Problemen zur Verfügung stehen.“

Diese 5 Vollzeitbeschäftigten sollen also irgendetwas tun für die neuen privaten Vermieter?

Man weiß nur nicht was genau. Nebulös bleibt auch, welche Aufgaben sie der Wohnungshilfestelle abnehmen sollen?

Mir sind das Ziel und der Zugewinn des zweiten Antrages nicht klar. Deshalb lehnen wir ihn ab!

Wir brauchen zusätzlich zu den Sachbearbeitern nachhaltige Lösungen. Sonst bleibt die Maßnahme nur ein Placebo, das dazu führt, dass die Menschen einen Dringlichkeitsschein oder § 5 Schein in der Hand halten aber weiterhin nur in ihre öffentliche Unterbringung zurückkehren.

Die Menschen brauchen die Chance eine bezahlbare Wohnung zu mieten. Dafür brauchen wir in erster Linie entsprechende Wohnungen! Wir erwarten vom Senat, dass den Worten auch Taten folgen! Wir erwarten konkret, dass durch die personelle Aufstockung der Wohnungshilfe mehr Menschen in bezahlbaren Wohnraum kommen. Dafür brauen wir, wie gesagt, quantitativ mehr bezahlbare Wohnungen.Zugleich erwarten wir, dass Zugewanderte zukünftig in durchmischten Quartieren die Chance zur Integration haben. Wir erwarten, dass entgegen der aktuellen

OECD Studie Ausländer in Deutschland und in Hamburg vorankommen. Dafür trägt, in erster Linie, Rot-Grün in Hamburg die Verantwortung. So wie die LINKEN es wollen geht es aber auch nicht. Mal eben rund 45 Millionen Euro aus dem Hut zaubern und jedem einem Sozialarbeiter an die Hand geben, ist kein Zeichen von Eigenverantwortung.

Nein, meine Damen und Herren, so geht Hilfe zur Selbsthilfe nicht! Das ist keine ordentliche Politik! Keine ordentliche Politik, gilt auch wenn wir mal einen Antrag der AfD unter die Lupe nehmen.

Ich habe leider nicht mehr so viel Zeit, will aber zumindest auf einen Antrag, den wir gestellt haben, zu sprechen kommen, weil er mir sehr wichtig ist.

Die freiwillige Ausreise als Mittel der Aufenthaltsbeendigung ist im Gegensatz zu einer Abschiebung sowohl für die Stadt als auch für die Betroffenen von Vorteil. Wir wollen dieses Mittel deshalb ausweiten und sowohl die Beratungen aufstocken als auch die Zielzahl der tatsächlichen Ausreisen von Menschen ohne Recht auf Aufenthalt erhöhen und den realistischen Gegebenheiten anpassen.

Wer kein Aufenthaltsrecht besitzt, muss Deutschland verlassen. Es wird Zeit, dass der Senat hier einen klaren Kurs einschlägt.

Vielen Dank.